

Liebe Redaktion

Wir bitten Sie, dieses Communiqué bei der nächstmöglichen Gelegenheit zu publizieren.  
Besten Dank und freundliche Grüsse.

Thun, 18. Februar 2011

## **Medienmitteilung der Geschäftsleitung der EDU Schweiz**

### **Keine Einladung aus dem Bundeshaus an tunesische Wirtschafts-Flüchtlinge!**

**Die EDU unterstützt eine Politik der Schweiz der humanitären Hilfe für an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge. Aus diesem Grunde fordert die EDU den Bundesrat und das Bundesamt für Migration auf, sofort auf öffentliche Statements betreffend Vorbereitung für die Aufnahme von "Wirtschafts-Flüchtlingen" aus Tunesien zu verzichten.**

Eine solche Politik der Einladung von Wirtschaftsflüchtlingen widerspricht dem geltenden Asylgesetz und arbeitet den Schlepperbanden in die Hände, welche nun von der politischen Instabilität in Tunesien profitieren und scharenweise meist junge tunesische Männer zur riskanten Überfahrt nach Italien verführen. Die EDU erwartet vom Bundesrat, dass er der italienischen Regierung und der EU sofort beantragt, dass diese Kategorie von tunesischen Wirtschafts-Flüchtlingen unverzüglich wieder nach Tunesien zurück gebracht werden müssen. Geschieht dies nicht, wird dies eine Lawine weiterer Tunesier und Nordafrikaner motivieren, es aufgrund der guten Aussichten ebenfalls zu versuchen. Die Schweiz und die Schengen-/EU-Staaten müssen mit ihrer Politik diese Tunesier nach deren friedlicher Revolution kompromisslos zum Aufbau ihres Landes anhalten und unterstützen und nicht zum Davonlaufen und Verlassen des Landes einladen.

#### **Für Rückfragen wenden Sie sich an:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30  
Nationalrat Andreas Brönnimann, 079 356 29 70